

VIKZ: Das ist nicht nur ein Lippenbekenntnis

Muslimischer Verband wehrt sich / Von Peter Schilder

KÖLN, 23. April. Der Verband islamischer Kulturzentren (VIKZ), dem 300 Moscheevereine in Deutschland angehören, will es nach eigenen Angaben nicht mehr hinnehmen, im Zusammenhang mit Islamismus und Terrorismus genannt zu werden. Mit einer Kampagne wolle man sich dagegen wehren, kündigte der stellvertretende VIKZ-Vorsitzende Mustafa Imal am Mittwoch in Köln an. In einem Dossier der Kölner Polizei aus dem Jahr 2006, aus dem die Zeitung „Kölner Stadtanzeiger“ jetzt zitierte, war der Verband als „antiwestlich, antidemokratisch und antijüdisch“ bezeichnet worden. Die Erkenntnisse der Polizei gehen auf die Ermittlungen in einem Steuerverfahren zurück. Danach war die Gemeinnützigkeit aufgehoben worden und die Steuerschuld auf zehn Millionen Euro gewachsen.

„Das ist erledigt“, sagte Imal am Mittwoch. Reformen seien eingeleitet und auch eine bessere Buchprüfung sei eingeführt worden: „Wir bekennen uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der deutschen Gesellschaft, und das ist nicht nur ein Lippenbekenntnis.“ Christen und Juden sähen die Mitglieder des VIKZ als „Geschwister im Glauben“. Das habe man jetzt auch der Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, geschrieben. Er lud die Parteien ein, den VIKZ „gründlich und wissenschaftlich untersuchen zu lassen.“

Der VIKZ ist besonders wegen seiner Wohnheime für Jugendliche in die Kritik geraten. Bisher gibt es nur eines in Duisburg. In Köln und Bergisch Gladbach hatte der Verband eine Genehmigung für solche Wohnheime beantragt, die das Landesjugendamt aber aus „formalen Gründen“ verweigert. Nach Angaben des Sozialpädagogen Gunnar Vogelsang, der das Duisburger Heim leitet und kein Muslim ist, erhalten die Jugendlichen in den Heimen Hilfe bei den Hausaufgaben, außerdem gebe es Angebote für die Freizeitgestaltung. Andere vermuten dort jedoch Koranschulen, in denen angeblich auch körperliche Gewalt eingesetzt wird. Genauere Informationen verlangt jetzt auch der nordrhein-westfäli-

sche Integrationsminister Laschet. Denn um eine Genehmigung dauerhaft zu verweigern, brauche man handfeste Gründe. Es gibt jedoch keine Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Bestrebungen oder widerrechtliches Verhalten. In keinem der 16 Bundesländer wird der VIKZ vom Verfassungsschutz überwacht. Im Duisburger VIKZ-Heim sind die Auflagen noch strenger als bei anderen vergleichbaren Einrichtungen. „Wir halten uns an geltendes Recht“, sagt Laschet. „Es ist nicht Sache des Staates, über konservative religiöse Bekenntnisse zu entscheiden.“ Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, befürchtet dagegen eine „Aufwertung“ des VIKZ. Mit Blick auf den VIKZ-Präsidenten Yilmaz, der auch dem CDU-Bezirksvorstand Aachen angehört, zweifelt er, ob man einen solchen Verband und „unsere Werte“ vertreten könne.

Der VIKZ bestreite nicht, dass er einer konservativen Auslegung des Korans verpflichtet ist. Er vertrete den sunnitischen Islam in einer mystischen Ausprägung, erläutert der Theologe Pörlu. Dazu gehöre eben auch „eine fromme Lebensgestaltung“. Gewalt aber habe keinen Platz. Etwa 60 Prozent der türkischen Muslime in Deutschland gelten als konservativ, auch wenn sie nicht dem-VIKZ angehören. Die müssten eigentlich zu konservativen Christen passen, meint Bülent Arslan. Er bemüht sich mit dem Deutsch-Türkischen Forum um ein besseres Miteinander in der CDU. Fünf Landesverbände sind schon gegründet worden; in diesem Jahr soll ein Bundesverband folgen. Doch er habe manchmal in der CDU den Eindruck, als sei „vielen ein Atheist lieber als ein aufgeklärter Muslim“. Auch Arslan würde seine Kinder nicht in eine VIKZ-Schule schicken, aber für gefährlich hält er den Verband nicht. Die CDU müsse „bald entscheiden, ob sie nur für deutschstämmige Wähler offen sein will oder sich auch für Muslime öffnen will“. Denn längst mache die CDU die bessere Politik für Einwanderer. Aber manche Äußerungen und Reden stießen viele Muslime ab.